

Antrag vom 21.08.2025

Eingang bei: L/OB

Datum: 21.08.2025

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Die Linke SÖS Plus
Betreff
Menstruationsurlaub für die Beschäftigten der Stadt Stuttgart

Wir beantragen:

1. Einführung eines bezahlten Menstruationsurlaubs ab Januar 2026 für alle menstruierenden Beschäftigten der Stadt Stuttgart mit folgenden Regelungen:
 - a. Anspruch auf bis zu 3 Arbeitstage pro Monat bezahlten Sonderurlaub.
 - b. Inanspruchnahme ohne ärztliches Attest, auf Basis einer vertrauensvollen Selbstmeldung.
 - c. Flexible Nutzung (ganze oder halbe Tage).
2. Evaluation: Nach zwei Jahren soll eine Evaluation erfolgen, um Erfahrungen, Kosten und gesundheitliche Effekte zu erheben.
3. Die Verwaltung legt in den Haushaltberatungen 2026/27 einen Kostenvorschlag vor.

Begründung:

Viele menstruierende Beschäftigte erleben monatlich Beschwerden wie starke Schmerzen, Kreislaufprobleme oder Erschöpfung, die ihre Arbeitsfähigkeit erheblich beeinträchtigen können. Derzeit existieren keine spezifischen Regelungen im Arbeitsrecht, die diesen Umstand angemessen berücksichtigen.

Eine Umfrage von Plan International aus dem Jahr 2021 ergab, dass unter 1.000 Frauen in Deutschland 72 Prozent während der Periode Unterleibsschmerzen und Krämpfe haben. Unter diesen Bedingungen ist für die menstruierenden Personen kein normaler Alltag möglich. Laut Techniker Krankenkasse sind die Beschwerden bei jeder zehnten Frau so stark, dass sie ein bis drei Tage im Monat nicht in der Lage ist, ihren normalen Schul- und Berufsalltag zu bewältigen.

Menstruationsurlaub wurde zudem strukturelle Nachteile von Menstruierenden ausgleichen. Die Arbeitszeit nimmt keine Rücksicht auf den Zyklus. Standardarbeitszeiten und Leistungserwartungen sind auf eine „durchgehend gleichbleibende“ Leistungsfähigkeit ausgerichtet. Und zyklusbedingte Leistungsschwankungen werden oft nicht eingeplant oder sogar stigmatisiert. In manchen Bereichen kann das Offenlegen von Menstruationsbeschwerden zu Vorurteilen führen. Die Beschäftigten werden dann als „weniger belastbar“ und „öfter

krank“ beschrieben, was wiederum zu Nachteilen bei der Karriere führen kann. Ohne offizielle Regelung wird oft durchgearbeitet – zulasten von Gesundheit und Produktivität. Kurz gesagt: Die aktuelle Arbeitsstruktur ist auf ein „neutrales“ Idealmaß zugeschnitten, das aber in Wahrheit an den Bedürfnissen eines großen Teils der Belegschaft vorbeigeht. Ein Menstruationsurlaub würde diese systemische Lücke ein Stück weit schließen.

Die Landeshauptstadt Stuttgart sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen – ähnlich wie es in Spanien, Japan und der Schweizer Stadt Freiburg bereits praktiziert wird.

Klar ist, es kann zu kurzfristigen Mehrkosten aufgrund von Sonderurlaub kommen, wir sehen langfristige Einsparpotentiale aufgrund von der Reduzierung langfristige Fehlzeiten und Krankmeldungen. Hinzu kommt eine höhere Motivation und eine stärkere Bindung an die Arbeitgeberin Stuttgart.

Die Einführung eines Menstruationsurlaubs würde die Lücke der strukturellen Benachteiligung schließen, ohne andere Beschäftigtengruppen zu benachteiligen. Sie stärkt die Gesundheitsprävention, reduziert langfristige Fehlzeiten und verbessert die Arbeitszufriedenheit. Als Arbeitgeberin kann die Stadt Stuttgart damit eine zeitgemäße, gleichstellungsorientierte Personalpolitik umsetzen und eine Vorbildfunktion in Deutschland einnehmen!

Gez.

Johanna Tiarks

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

Dennis Landgraf

Aynur Karlikli

Guntrun Müller-Enßlin

Manja Reinholdt

Anlage/n

Keine